

2. Satzung
zur Änderung der

**Satzung des Landkreises Bautzen über die Erhebung
von Gebühren für die Inanspruchnahme von Leistungen der Notfallrettung und
des Krankentransportes**
- Gebührensatzung Rettungsdienst -

2. wustawki k změnje

**Wustawkow Budyskeho wokrjesa wo poplatkach za wužiwanje
Wuchowanskeje služby w nuzowych padach a za chorobny transport**
- Popłatkowe wustawki za wuchowansku službu -

Auf der Grundlage von § 32 Absatz 5 Satz 2 des Sächsischen Gesetzes über den Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz (SächsBRKG) vom 24. Juni 2004 (SächsGVBl. S. 245, ber. S. 647), zuletzt geändert durch Gesetz vom 29. Januar 2008 (SächsGVBl. S. 102), erlässt der Landkreis Bautzen auf Grund des Beschlusses des Kreistages vom 06.12.2010 folgende Satzung:

§ 1

Die Satzung des Landkreises Bautzen über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme von Leistungen der Notfallrettung und des Krankentransportes (Gebührensatzung Rettungsdienst) vom 19.12.2008, geändert durch die Satzung vom 08.12.2009, wird wie folgt geändert:

1. In § 3 Absatz 1 Nr. 1 werden die Angabe „76,60 EUR“ durch die Angabe „78,00 EUR“ sowie die Angabe „1,60 EUR“ durch die Angabe „1,70 EUR“ ersetzt.
2. In § 3 Absatz 1 Nr. 2 wird die Angabe „283,70 EUR“ durch die Angabe „317,80 EUR“ ersetzt.
3. In § 3 Absatz 1 Nr. 3 wird die Angabe „90,80 EUR“ durch die Angabe „112,90 EUR“ ersetzt.

§ 2

Diese Satzung tritt am 01. Januar 2011 in Kraft.

Bautzen, 07.12.2010

Michael Harig
Landrat

(Dienstsiegel)

Hinweis nach § 3 Abs. 5 der Landkreisordnung für den Freistaat Sachsen (SächsLKrO):

Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften zustande gekommen sind, gelten ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen.

Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Landrat dem Beschluss nach § 48 Abs. 2 wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist
 - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat
oder
 - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschriften gegenüber dem Landkreis unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach Satz 2 Nr. 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen. Die Sätze 1 bis 3 sind nur anzuwenden, wenn bei der Bekanntmachung der Satzung auf die Voraussetzungen für die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften und die Rechtsfolgen hingewiesen worden ist.